

zerstört wird

Beiträge ausmachen, geben private Versicherer dafür bis zu 15 Mal so viel aus. Denn hohe Vorstandsgehälter, Vertreterprovisionen und millionenschwere Werbefeldzüge verschlingen riesige Summen. Weniger Betuchte können sich die private Vorsorge gleich gar nicht leisten. Die Folge: Die Altersarmut nimmt zu.

Leere Versprechen

Acht Prozent Rendite versprochen die Privatversicherer den Anlegern noch im Jahr 2000. Heute sieht die Realität anders aus: In Deutschland

ging im Vorjahr die Göttinger Gruppe, ein privater Finanzkonzern, mit rund einer Milliarde Verlust in die Pleite.

„Die Brandstifter spielen Feuerwehr. Wir haben es mit einem Kartell der Lobbyisten zu tun.“ (Dr. Norbert Blüm, ehemaliger deutscher Arbeitsminister)

250.000 Rentner schauen durch die Finger. Für die Göttinger Gruppe hatten zahlreiche deutsche Politiker jahrelang intensiv geworben.

In Österreich musste ein Drittel der 50.000 Pensionsbezieher der privaten Pensionskassen – sie verwalten rund 13 Mrd. Euro von 570.000 Personen – mehrprozentige Einbußen in Kauf nehmen.

Doch die gesetzliche Rente, die auch bei Erwerbsunfähigkeit und Invalidität garantiert ist, und die Sozialleistungen erbringt (z.B. Anrechnung von Kindererziehungszeiten) wird weiter schlecht gemacht. Pensionsexperte Bernd Marin, Mitgestalter der Pensionsreform unter dem Kabinett Schüssel, beharrt darauf, den Untergang des staatlichen Pensionssystems heraufzubeschwören. In seinen Zeitungskolumnen empfiehlt er weitere Pensionskürzungen und eine raschere Anhebung des Pensionsalters. „Ganz zufällig“ ist Marin gern gesehener Redner und Teilnehmer bei diversen Veranstaltungen privater Versicherungsunternehmen. Wer ihm wohl die dicken Honorare zahlt?

Was bleibt am Schluss? Ein Pensionssystem kann nur nach dem Generationenvertrag (die heute Arbeitenden zahlen die Pensionen der Alten) funktionieren und nicht über Spekulationsgeschäfte. (Siehe auch unsere Umfrage zum Thema auf Seite 20.)



MEINUNG

Ernest Kaltenegger,
KPÖ-Klubobmann im Landtag

Standortvorteil: Gier

Verdienen die Österreicherinnen und Österreicher zuviel? Diesen Eindruck könnte man gewinnen, wenn man sich die „Argumente“ einiger Manager anhört. Nicht selten werden Betriebe in Billiglohnländer verlegt, weil dort noch höhere Gewinne winken.

Man sei bei uns nicht mehr wettbewerbsfähig, lautet die bekannte Leier. Manchmal genügt schon allein die Drohung mit der Abwanderung, um die Beschäftigten zum Verzicht auf Sozialleistungen oder gar zu Einschränkungen bei den Löhnen zu bewegen.

Geht es um die Einkünfte der Chefs, schaut die Sache plötzlich ganz anders aus. Die Einkünfte der österreichischen Manager sind im Vorjahr um durchschnittlich 17 Prozent (!) gestiegen. Einige kassieren pro Jahr mehr als Normalsterbliche in einem ganzen Arbeitsleben oder mehr als das 40-Fache ihrer Angestellten.

Werden die Einkommen in den Chefetagen kritisiert, werden die Kritiker sehr schnell als Neidgenossenschaft abgestempelt.

Plötzlich hört sich die Geschichte mit der Wettbewerbsfähigkeit ganz anders an: Wenn wir unseren Managern keine solchen Spitzengagen zahlen, werden sie halt ins Ausland abwandern.

Am meisten wettbewerbsfähig sind scheinbar jene Betriebe, die ihre Arbeiterinnen und Angestellten so gering wie möglich, ihre Manager hingegen besonders fürstlich entlohnen.

So gesehen dürfte Gier ein geradezu exzellenter Standortvorteil sein.

Ernest Kaltenegger,
0316 / 877 5104

Sagen Sie uns Ihre Meinung!

Schreiben Sie uns Ihre Meinung:
KPÖ-Ernest Kaltenegger,
Lagergasse 98a, 8020 Graz,
Fax 0316/877 5108 oder email:
volksstimme@kpoe-steiermark.at

KLEIN, ABER MIT BISS



Für ihre Leistungen in Sachen Spielberg gibt es für die Landesregierung nur eine Auszeichnung: den blechernen Dosenring.

INHALT

| | |
|--|-----|
| Strom bald billiger? | 4/5 |
| Supergagen im LKH | 6 |
| Schulden statt Traumjob | 7 |
| Problem Mietkauf | 9 |
| Risiko Börse: Verhungern durch Aktienspekulation | 10 |
| Gutes Rad um wenig Geld | 15 |
| Wettspielmetropole Leibnitz16/17 | |
| Bedrohtes Paradies: | 18 |
| Tierschutz | 19 |
| Frage an die Lerer/innen | 20 |
| Ausstellung Alfred Hrdlicka | 21 |
| Leserbriefe | 23 |
| EU: Gewaltige Spesen | 24 |